

12. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

9. Juli 1953

75/J

A n f r a g e

der Abg. Dr. M a l e t a, Dipl.-Ing. H a r t m a n n, D w o r a k und
Genossen

an die Bundesregierung,

betreffend die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

-.-.-

In der Regierungserklärung, die der Herr Bundeskanzler Ing. Raab am 15. April 1953 im Hohen Hause abgab, nehmen die Aufgaben, die der Bundesregierung auf wirtschaftlichem Gebiet erwachsen, einen breiten Raum ein.

Diese Regierungserklärung enthielt unter anderem die Versicherung, die Regierung werde alles in ihrer Macht stehende unternehmen, durch großzügige Arbeitsbeschaffung die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Der Herr Bundeskanzler sagte wörtlich:

"Die Bundesregierung wird aber auch der allgemeinen Investitionstätigkeit durch die Eröffnung neuer, nicht inflationärer Finanzierungswege einen kräftigen Auftrieb geben müssen. Im staatlichen Bereich stehen derzeit verschiedene große Projekte in Vorbereitung. Die zuständigen Ministerien haben die verschiedenen öffentlichen Arbeiten bereits ausgeschrieben, zum Teil auch schon vergeben, mit deren Beginn in der nächsten Zeit zu rechnen ist."

Und später:

"Auch im privaten Bereich kann die Zahl der Arbeitsplätze durch eine Intensivierung der Investitionstätigkeit vermehrt werden. Um die Beschäftigung zu heben, muß sich daher ein erheblicher Kapitalsfonds bilden. Hier muß die Förderung der Regierung zuerst einsetzen."

Tatsächlich hat die Bundesregierung, trotz der relativ kurzen Zeit ihrer Tätigkeit, das am 15. April 1953 dem Hohen Hause bekanntgegebene Programm bereits weitgehend in die Tat umgesetzt, bzw. die Voraussetzungen für seine Durchsetzung geschaffen, wie die in den letzten Wochen im Nationalrat behandelten Gesetze beweisen.

Die gefertigten Abgeordneten sind der Meinung, daß z.B. der in der Presse mehrfach angekündigte Bau einer Autobahn von Salzburg nach Wien oder der Ausbau des Kraftwerkes Ybbs-Persenbeug geeignet wären, die vorerwähnten Intentionen der Bundesregierung zu fördern und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wirksam beizutragen.

13. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

9. Juli 1953

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an die Bundesregierung
die

A n f r a g e:

1. Ist die Bundesregierung in der Lage, dem Hohen Hause mitzuteilen, weshalb verschiedene Großbauprojekte, wie z.B. die vorerwähnte Autobahn von Salzburg nach Wien oder der Ausbau des Kraftwerkes Ybbs-Persenbeug, bisher noch nicht in Angriff genommen werden konnten?

2. Welche weitere Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit hat die Bundesregierung noch in Aussicht genommen?

-.--.-.-.-